

sozialdemokratischer pressediens

P. XXV/229

3. Dezember 1970

Unser Friede muß stabil werden

Ein Ostpommer zur Bonner Gewaltverzichtspolitik

Von Alfons Pawelczyk
SPD-MdB und Bundeswehr-Major d. R.

Seite 1 / 26 Zeilen

Schlüsselposition Berlin

Feststellungen zu den Vier-Mächte-
Verhandlungen

Seite 2 / 30 Zeilen

Eine unverständliche Entscheidung

Richterliche Befangenheit bei "nicht-
arischer Abstammung"?

Seite 3 / 41 Zeilen

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung

Helmut Schmidt: Außen- und Sicherheitspolitik

(Fortsetzung und Schluß)

Seite 4 bis 7 / 170 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 35
Telex: 886 940/886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Unser Friede muß stabil werden

Ein Ostpommer zur Bonner Gewaltverzichtspolitik

Von Alfons Pawelczyk

SPD-MGB und Bundeswehr-Major d. R.

Wir alle sehnen einen stabilen Frieden herbei. Der Politiker versteht unter Friede vor allem den Gewaltverzicht bei der Verfolgung außenpolitischer Ziele.

Die entsetzlichen Handlungen, die im Zweiten Weltkrieg von Deutschen an Menschen aus Polen und anderen Ostblockstaaten begangen worden sind, aber auch die unmenschlichen Reaktionen gegen genauso unschuldige Deutsche aus Ostpreußen, Schlesien und Pommern lasten auf den Völkern. 25 Jahre nach dem Ende dieser düsteren Phase europäischer Geschichte müssen besonders wir Deutsche, die das Leid ausgelöst haben, politische Anstrengungen unternehmen, um den lähmenden Zustand zu überwinden. Nur die Einleitung eines Entspannungsprozesses kann die Lage entkrampfen. Wir müssen mit einem Stück Vergangenheit fertig werden.

Die Bundesregierung trägt durch ihre Ostpolitik zu dieser Entspannung bei. Der Beitrag muß vor allem in dem entschlossenen Bemühen bestehen, das Verhältnis zu normalisieren. Wir müssen den Polen das Bewußtsein geben, daß sie in den Oder-Weiß-Gebieten zuhause sind. Die Polen müssen die Zusammenführung von deutschen Familien zulassen, Reisen Deutscher nach Pommern, Ostpreußen und Schlesien gestatten und denjenigen Deutschen, die nach dem Kriege die polnische Staatsangehörigkeit annahmen, erlauben, ihre Entscheidung zu korrigieren.

Das Selbstbestimmungsrecht für den einzelnen Menschen muß verbessert werden. Das Schlichte darf nicht zum Nachteil des Besseren bestehen bleiben, weil das Beste nicht erreichbar ist. Friede heißt auch Frieden wachen zwischen den Menschen.

+ + +

Schlüsselposition Berlin

Feststellungen zu den Vier-Mächte-Verhandlungen

Der Erkenntnis, daß in Europa auf die Dauer kein gesicherter Friede sein kann, wenn es nicht gelingt, die Spannungen in und um Berlin zu beseitigen, haben die zehn Außenminister der EWG-Staaten und der vier Beitrittskandidaten eindrucksvoll und überzeugend Ausdruck gegeben. Dieses Bekenntnis zur Solidarität mit der Bevölkerung Westberlins kommt im Lichte der Viermächte-Verhandlungen über gesicherte Zufahrtswege von und nach Berlin eine besondere Bedeutung zu.

Die willkürlich verhängten Störaktionen auf den Berlin-Zufahrtswegen während der letzten Tage haben ein Anschauungsmaterial geliefert, das jedermann deutlich macht, wie wichtig es ist, zu verbindlichen Regelungen über einen gesicherten zivilen Verkehr von und nach Berlin-West zu kommen, die auch der DDR künftighin die Möglichkeit zu Schikanen nehmen. Das kann nur auf dem Wege einer Einigung der Vier Mächte über gesicherte Zufahrtswege geschehen. Eine Vier-Mächte-Übereinkunft ermöglicht auch erst Direktverhandlungen zwischen der BRD und der DDR über alle Berlin betreffenden Verkehrsfragen.

Es ist ein gutes Zeichen, daß während der Störaktionen die Verhandlungen der Vier Mächte weitergingen und daß am 10. Dezember die Botschafter der Vier Mächte wieder zusammenkommen werden, um hoffentlich zu einem Ergebnis zu kommen, das zu positiven Entwicklungen führt. Es gilt, wie es der sowjetische Parteichef Breschnjew ausdrückte, eine Regelung zu finden, die den Interessen der Westberliner Bevölkerung und den Interessen der DDR gerecht wird. Anders geht es wohl auch nicht.

Für Berlin ist es die Existenzfrage. Die SED-Führung hat sich bisher einer allseits befriedigenden Lösung versagt, aber es ist wohl anzunehmen, daß nach dem eintägigen Gipfeltreffen der Warschauer Paktstaaten in Ostberlin neue weiterführende Überlegungen angestellt werden können.

Eine unverständliche Entscheidung

Richterliche Befangenheit bei "nichtarischer Abstammung"?

Vor einem Wiesbadener Schwurgericht müssen sich fünf ehemalige NS-Führer wegen der Ermordung von über 34.000 Juden verantworten. Die Straftaten wurden während des Zweiten Weltkrieges in Polen begangen. Einer der richterlichen Beisitzer hatte dem Gericht mitgeteilt, daß zwar eine seiner beiden Großmütter jüdischer Abstammung gewesen sei, er sich aber dennoch angesichts des Verhandlungsgegenstandes für nicht befangen erachte. Nach vierstündiger Beratung gelangte das Schwurgericht zu der Auffassung, daß eine Befangenheit dieses Richters für gegeben angesehen und er für dieses Verfahren abgelehnt werden müsse. Ein neuer Beisitzer muß bestellt werden, der Prozeß beginnt wieder von vorn.

Dieser in der Tagespresse berichtete Tatbestand sollte Anlaß zu tiefer Betroffenheit, zumindest aber zu grenzenloser Verwunderung sein. Nichts soll gegen juristische Akribie gesagt werden, aber gehen hier nicht die Skrupel des richterlichen Gremiums zu weit? Hier verkehrt sich doch gerade die Vorsicht des Gerichtes in ihr painliches Gegenteil. 25 Jahre nach Ende des Nazi-Regimes wird an einem Richter im demokratischen Deutschland nachträglich die Anwendung der berüchtigten "Nürnberger Gesetze" praktiziert, wonach auch ein "Mischling zweiten Grades" nicht zur Wahrnehmung öffentlicher Ämter befähigt war.

Man darf getrost einräumen, daß der betroffene Richter durch diese Entscheidung nicht diskriminiert werden sollte. Läuft sie aber nicht im Endeffekt darauf hinaus? Der notwendigen Korrektheit des Verfahrens hätte doch die gegebene Versicherung Genüge getan, da sich der Betreffende für nicht befangen erklärt. Zweifelt das Schwurgericht an der Gültigkeit dieser subjektiven Einlassung, so stellt sich die Frage nach der Ausdehnung des Begriffs "Befangenheit" überhaupt. Es geht in dem anstehenden Verfahren um die Abndung der kaltblütigen Ermordung von einigen Tausend unschuldiger Menschen. Angesichts solcher Ungeheuerlichkeiten dürfte doch jedes empfindende Menschenwesen irgendwie "befangen" sein. Folgte man der Logik des Schwurgerichtes bei seiner Entscheidung über die Ablehnung eines Kollegen, so dürften über die Verursacher unmenschlicher Taten künftig nur noch "Übermenschen" zu Gericht sitzen. Jeder andere wird doch vor dem aus der Nazi-Ideologie entstandenen Mordtaten schaudern und damit von vornherein gegenüber den Tätern mit einer gewissen Befangenheit reagieren.

Somit ist die Wiesbadener Entscheidung von jedem Aspekt her zutiefst beunruhigend.

Günter Grossmann

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung (12)

Helmut Schmidt: Außen- und Sicherheitspolitik (Fortsetzung und Schluß)

Nir liegt daran, deutlich zu machen, daß das eine ohne das andere nicht geht: Die Ostpolitik, die wir betreiben, mit den Risiken, die sie enthält, wäre nicht denkbar ohne die Aufrechterhaltung des festen Zusammenhalts im Westen - sowohl in der EWG als auch im Nordatlantischen Bündnis. Meine Hoffnung ist, daß, wenn es zur Rechtswirksamkeit des deutsch-sowjetischen Vertrages kommt, wir dann in eine Lage kommen werden, in der wir die Ansätze, die wir bisher innerhalb des Bündnisses haben schaffen können, in Richtung auf beiderseitige Verringerung der militärischen Kräfte und Rüstung tüben wie drüben vertiefen können. Ansätze also, die wir gemeinsam im Bündnis - allerdings bei einer gewissen Stimmenthaltung der Franzosen - im Laufe der letzten drei Jahre streicht haben, die danach vertieft werden können, damit es dann in einem späteren Akt tatsächlich zur ausgewogenen Verringerung der Rüstung auf beiden Seiten in Europa kommen kann. Wir sind in diesem Punkt nicht ohne Sorgen, weil jeder von uns sieht, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika die politischen Führungsschichten beider Parteien in einer uferlosen Debatte im Grunde das kontinuierliche Bewußtsein von der Rolle Amerikas in der Welt und auch in Europa verlieren könnten. Wir sehen, daß jene öffentliche Debatte Gefahr läuft, die amerikanische Politik dazu zu verführen, einseitig ihre Truppen im Mittelmeer und auch auf dem europäischen Kontinent zu verringern, ehe die Zeit dafür reif ist, daß etwas Gleichwertiges gleichzeitig auch auf sowjetischer Seite geschieht.

Niemand soll die sowjetische militärische Macht unterschätzen. Sie ist im Mittelmeer gewaltig gestiegen, sie hat großen politischen und militärischen Einfluß gewonnen auf Länder, die heute vor drei Jahren noch kaum unter sowjetischem Einfluß standen. Die sowjetische Macht wächst auch auf dem Atlantik. Zehn sowjetische Panzerdivisionen und zehn motorisierte Divisionen der Sowjetunion stehen immer noch in der DDR, über vier stehen immer noch in der Tschechoslowakei, vier stehen immer noch in Ungarn, zwei stehen immer noch in Polen, das ist alles noch so wie früher. Dieser machtpolitische Tatbestand wird durch den deutsch-sowjetischen Vertrag nicht berührt werden. Aber der Vertrag kann eine Gesamtwicklung oder ein Klima schaffen, in dem es, wenn z.B. die Begrenzung der strategischen Waffen zwischen der Sowjetunion und den USA zustande kommt, möglich erscheint, anschließend auch beiderseitige Begrenzungen der übrigen Rüstung in Europa zustandezubringen. Dazu mag dann, ich sage das mit Vorsicht, auch eine Konferenz über die Sicherheit Europas einen gewissen Nutzen haben. Sie wird allerdings der Sicherheit und dem Frieden der europäischen Völker nur wenig nützen können, wenn sie sich nur mit Fragen moderner Zivilisation beschäftigt, mit der Luftverschmutzung z.B. oder dergleichen, ohne wirklich über die Sicherheit und über die

Anhäufung der militärischen Machtmittel zu reden, die es heute in Europa gibt.

Der amerikanische Präsident macht mit dem, was er in den letzten Monaten sagte, den Eindruck, als ob in naher Zukunft einseitige amerikanische Abzüge nicht mehr befürchtet werden müßten. Dies ist wohl auch ein Ergebnis seiner Besuche im Mittelmeerraum, auch bei Tito, der ihm dem Sinne nach zu verstehen gegeben hat: Ich mag Dich Kapitalisten zwar nicht leiden, aber Du mußt so lange im Mittelmeer bleiben, wie die Sowjets auch hier sind. Was aber im Laufe dieses Jahrzehnts daraus wird, das ist schwer vorherzusehen. Wir sind gemeinsam mit den übrigen europäischen Staaten daran interessiert, die Amerikaner hier festzuhalten. Wir werden uns zwar deswegen nicht nötigen lassen und keine unmöglichen Summen zahlen. Es wird auch von Mal zu Mal schwieriger, einen Devisenausgleich für ihre hiesigen Truppeneisenausgaben zustandezubringen, und ein neues Abkommen wird am 1. Juli kommenden Sommers fällig. Aber das alles ist nicht unüberwindbar, wenngleich der Wechsel in London zu einer konservativen Regierung, die glaubt, einen nicht unerheblichen Teil ihrer militärischen Aufwendungen "East of Suez" einsetzen zu sollen, die Sache nicht leichter macht.

Was die Bundeswehr angeht, so weiß jeder, daß wir dabei sind, alles das, was in der Bestandsaufnahme der Bundeswehr und im "Weißbuch 1970" als notwendig herausgestellt worden ist, tatkräftig zu verwirklichen. Ich bin besonders dankbar, daß einige sozialdemokratische Ministerpräsidenten und Minister, unter Überwindung von Schwierigkeiten und Bedenken in ihren jeweiligen Landesbürokratien, im Bundesrat verhindert haben, daß dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden, und ich hoffe, daß das so bleibt. Es wäre eine schlechte Sache, wenn in der Bundeswehr der Eindruck entstünde, die hätten zwar einen ganz ordentlichen Minister, aber leider keine ausreichende Hilfe und könne sich mit seinen Vorschlägen nicht durchsetzen. Ich bin deshalb dankbar für jede Hilfe, die ich bekomme.

Wir werden am Ende des Jahres das Ergebnis der vom Bundeskabinett berufenen sogenannten Wehrstrukturkommission unter Vorsitz von Karl Yonner auf den Tisch kriegen. Vorhersehbarerweise wird diese Kommission empfehlen, in sehr viel höherem Maße Wehrpflichtige auch tatsächlich einzuziehen; von 100 jungen Leuten nicht, wie bisher bloß 60, sondern 80 oder 85, sie dafür aber für kürzere Zeit einzuziehen, denn wir wollen ja die Gesamtgröße der Armee nicht vergrößern. Aber ich bitte, diese Reihenfolge nicht zu übersehen: Damit wirklich die Wehrpflicht gerecht ausgeübt wird, ist es notwendig, daß alle eingezogen werden; weil man dabei nun die Armee nicht vergrößern will, ist es notwendig, die jungen Männer für kürzere Zeit einzuziehen. Nicht umgekehrt! Nicht um einigen Wählern zu gefallen, verkürzen wir die Grundwehrdienstdauer. Dies wäre ein schwerer Irrtum. Nach meiner Erfahrung wirkt nichts so widerlich auf den Wähler wie Opportunismus, auch auf diesem Felde.

Eine zweite sehr schwierige Arbeit ist im Gange. Eine weitere Kommission, in der Generale und Pädagogen aus dem Universitäts-Bereich, aus dem Schulbereich unter Vorsitz von Professor

Ellwein zusammensitzen, ist dabei, die Bildungs- und Ausbildungswege und -systeme in der Bundeswehr zu verändern. Eine unserer Hoffnung dabei war, in der Bundeswehr im Lauf des Jahres 1971 das vorwegnehmen zu können, was insgesamt in Deutschland aus der Bildungsreformdiskussion herauskommen soll. Ich bin nicht ganz sicher, daß wir diese Hoffnung realisieren können, weil einstweilen noch nicht klar zu erkennen ist, was aus der allgemeinen Bildungsreformdiskussion in unserer Gesellschaft an Zielsetzungen endgültig herauskommen wird und was noch keineswegs alle wichtigen Entscheidungen der entscheidungsbefugten Gremien prognostizieren kann. Für die Bundeswehr aber ist sicher, daß, mit der sehr breiten Ausnahme des Aufstiegs von Feldwebern und Unteroffizieren in das Offizierskorps, in Zukunft jemand bei uns nur Offizier auf längere oder gar auf Lebenszeit wird, und das wird wahrscheinlich schon für die Abiturienten, die im Juni 71 ihr Abitur machen, wirksam werden. Wer, abgesehen von dieser breiten Ausnahme, in Zukunft bei uns gleichzeitig sein Fachhochschuldiplom macht, der erhält das nicht von der Bundeswehr unterschrieben, sondern von einem Kultusminister oder einem Universitätsrektor oder deren Prüfungskommission. Damit wir, wenn wir ihn dann später, z.B. mit 36 oder mit 40 Lebensjahren, wieder in den zivilen Teil der Gesellschaft zurückschicken sicher sein können, daß er dort auch leistungsfähig antreten und ohne Minderwertigkeitskomplexe im zivilen Beruf aufsteigen kann.

Beides wird die Sache etwas teurer machen, sowohl was die Ausbildungsänderung als auch was das Einziehen von mehr Wehrpflichtigen zu kürzerer Dauer angeht. Es wird beides mehr Unterführer, es wird beides mehr Lehrer verlangen. Es ist nicht einfach. Wir sind dabei, diese Unterführerlücke der Bundeswehr langsam aber sicher zu schließen. Ich habe gleichwohl gegenwärtig nicht die Absicht, für den Verteidigungshaushalt auch nur eine Million oder ein Prozent mehr zu verlangen, als in der Mittelfristigen Finanzplanung drinsteht.

Ich bin allerdings betrübt, das will ich sehr deutlich sagen, und manchmal ausgesprochen sauer, wenn es immer noch Leute gibt, die im Lande herumziehen und behaupten, es sei möglich, bei der Bundeswehr noch Geld zu sparen und für zivile Bildung auszugeben. Das führt jetzt langsam dazu, daß man Gefahr läuft, sich selber unglaubwürdig zu machen. Der Bildungshaushalt des Bundes steigt schnell, die Gesamtbildungsausgaben in unserem Lande steigen unverhältnismäßig stark, sehr viel stärker als der gesamte Bundeshaushalt. Ich bin dafür und habe daran mitgewirkt. Der Verteidigungshaushalt steigt unverhältnismäßig langsam, erheblich unterhalb des Durchschnitts des Bundeshaushalts. Ich bin auch dafür und habe mich dafür stark gemacht. Aber ich habe keine Lust, für die Sozialdemokratische Partei und für die Regierung in der Bundeswehr und für die Bundeswehr in der deutschen Gesellschaft geradezustehen, wenn gleichzeitig andere immer wieder meinen, sie könnten aus der Verteidigung eine Art Reservekasse machen, und sie könnten, wenn im allgemeinen öffentlichen Dienst die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten und der Beamteten steigen, eine

gleiche Steigerung für Feldwebel und Majore und Generale verweigern. Das kommt nicht in Frage.

Übrigens habe ich Meinungsbefragungen anstellen lassen, insbesondere in der jüngeren Generation der 18- bis 30jährigen, um festzustellen, wie die Bundeswehr gewertet wird. Es mag manchen Jungsozialisten überraschen, aber die Bundeswehr wird in der jungen Generation positiv bewertet. Nicht etwa so positiv, daß die Wehrpflichtigen gerne Soldat werden möchten, das möchten die wenigsten, und das habe ich auch nicht gewollt, als ich so alt war. Aber positiv in dem Sinne, daß der Dienst etwas Notwendiges und Normales und Vernünftiges sei. Bei der nächsten Umfrage werde ich die Bundeswehr mit den Schulen, den Gymnasien und Universitäten vergleichen lassen, um mal festzustellen, in welcher Richtung eigentlich von der jungen Generation die schärfere Kritik ausgesprochen wird. Wahrscheinlich wird das ein noch viel interessanteres Ergebnis. Ich wäre dankbar, wenn uns jedermann helfen würde, die Vorstellung abzubauen, die ausweislich der Meinungsforschung einfach nicht zutrifft, daß die Bundeswehr ein Fremdkörper in unserer Gesellschaft sei. Sie hat sich im Lauf der letzten 12 Monate noch stärker als im Lauf der letzten Jahre zu einem sehr normalen Bestandteil der institutionellen Landschaft in unserem Gemeinwesen entwickelt. Und je normaler wir sie nehmen, mit je weniger Komplexen man ihr gegenübertritt, mit je weniger Vorurteilen wir uns um sie kümmern, desto schneller wird sich diese Entwicklung fortsetzen.

Natürlich, diese Armee ist 15 Jahre lang von sehr konservativen Politikern aufgebaut, die Personalpolitik in dieser Armee 15 Jahre lang von der CDU CSU betrieben worden. Wenn es aber hier und da einige Heißsporne gibt, die glauben, man sollte in 12 Monaten alle Generale, die rechts von der Mitte stehen, in den Ruhestand schicken und dafür Sozialdemokraten zu Generalen machen, dann ist das im Ernst keine Diskussionsbasis.

Man muß sehen, daß eine moderne Personalpolitik, die sich auf die moderne Gesellschaft richtet, ein langer Prozeß ist. Der befindet sich aber auf gutem Wege - eine Regierungsperiode von vier Jahren ist dafür ein relativ kurzer Zeitraum. Aber allein schon wegen der historischen Aufgabe, einmal der preussisch-deutschen Verfassungsgeschichte zu zeigen, daß eine deutsche Armee ihren gesellschaftlichen und ihren militärischen Wert verbessert, indem sie sozialdemokratische Befehle befolgt, allein schon deswegen muß die Regierung Brandt/Scheel auch die letzten drei Jahre erfolgreich regieren.